



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/39 - 15.2.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Zur Grotewohl - Appell	S. 1
USA und Spanien	S. 3
Das Ende der Leipziger Messe	S. 5
Wer bekommt Kinderbeihilfe ?	S. 7

Bricht Moskau diesmal das Schweigen ?

(sp) Ist der Grotewohl-Appell an die vier Besatzungsmächte diesmal mehr als eines der üblichen Propaganda-Manöver, dazu bestimmt, die innere Festigung der Bundesrepublik und ihre Verhandlungen mit den westlichen Alliierten zu stören ? Der Appell richtet sich an die vier Besatzungsmächte - dazu gehört auch die Sowjet-Union. Diese wird, da sie diese Aktion angeordnet hat, und das ist das Neue und Besondere, nun selbst antworten müssen. Inhalt und Form dieser Antwort wird wesentlich, wenn nicht bestimmend, von der Reaktion abhängen, welche der Grotewohl-Appell im Westen und in der Bundesrepublik findet.

Die biederkännische Umhüllung und der geradezu beschwörend-vaterländische Ton des Appells reichen nicht über das von dieser Seite bisher Gewohnte hinaus. Steigerungen sind allerdings auch kaum denkbar. Aber noch so schöne Worte können den Tatbestand nicht verwischen, daß die deutschen Handlanger des Kreml nur das tun und sagen dürfen, was ihnen von Moskau aufgetragen wird. Moskau hält nun nach langem, undurchsichtiger Zögern und merkwürdigen Zickzack-Wegen die Stände für gekommen, sein Schweigen zu brechen. Es tritt aus der Reserve heraus, es verlangt durch den Mund Grotewohls die Einberufung einer Konferenz der vier Besatzungsmächte über den baldigen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Damit hat die Sowjet-Union erstmalig nach langer Zeit wieder versucht, die ihr entglittene Initiative in der Deutschlandfrage

an sich reißen. Der Zeitpunkt scheint ihr besonders günstig. Die Vereinigten Staaten setzen Frankreich und England und auch die Bundesrepublik unter Druck, so schnell wie möglich zu einer westeuropäischen Integration und einer gemeinsamen Verteidigung zu kommen. Die USA glauben unter den jetzigen Umständen nicht mehr an eine Verhandlungsbereitschaft der Sowjet-Union, sie sind überzeugt, daß sie den Kreml erst zum Einlenken bewegen können, wenn sie sich militärisch genügend stark gemacht haben. Diese Haltung brachte eine gewisse Starre in die internationale Politik, denn sie setzt voraus, was durchaus nicht erwiesen ist - daß nämlich ein militärisch stark aufgerüsteter Westen für die Sowjet-Union der allein mögliche Verhandlungspartner sein werde. Gegen diese aus einer langen Reihe von Enttäuschungen geborene amerikanische Konzeption sind vor allem in Frankreich, aber auch in England, Einwände erhoben worden, die zuletzt und bisher am deutlichsten ihren Ausdruck in der außenpolitischen Debatte der Französischen Nationalversammlung über die Europa-Armee gefunden haben. In diese Bruchstelle zielt der sowjetische Vorstoß.

Noch sind von keiner Seite nicht wieder zu reparierende Tatsachen geschaffen worden. Die Pläne über die Aufstellung von deutschen Divisionen ruhen immer noch in den Schreibtischen der beteiligten Experten. Die militärische Angliederung der Bundesrepublik an den Westen wird vielfach auch - und das machte die Debatte im französischen Parlament wieder besonders deutlich - als ein letzter verzweifelter Ausweg betrachtet. Freilich würde die sowjetische Forderung nach einem Friedensvertrag, die jetzt gegenüber der früheren Forderung auf Führung eines gesamtdeutschen Gespräches so stark in den Vordergrund gerückt ist, erst dann Sinn und Inhalt bekommen, wenn als fünfter Vertragspartner Deutschland, mit dem ja Frieden geschlossen werden soll, mit am Tisch säße. Das wiederum setzt allgemeine, freie und geheime Wahlen für eine Nationalversammlung voraus, die aus ihrer Mitte eine Regierung mit exekutiven ~~und legislativen~~ Vollmachten wählt. Gerade über diese Elementarforderung aber schwaigt sich der von Moskau inspirierte Appell Grotewohls aus.

Wenn man weiter kommen will wird unerlässlich sein, daß man zunächst einmal die Sowjet-Union sagt, was sie will, nicht nur in der deklamatorischen Grundsatzverkündung, sondern im praktischen Detail für das weitere Verfahren. Der Westen sollte diese Antwort kritisch, aber mit großem Ernst und aller Aufmerksamkeit entgegennehmen.

Fragwürdiger spanischer Wehrbeitrag

Rw. Die Frage, ob und in welcher Form Spanien in das West-Verteidigungssystem einbezogen werden soll, wird derzeit in der amerikanischen Presse vielfach diskutiert. Meist geht man allerdings dabei von falschen Voraussetzungen aus. Mit echt amerikanischer Unbekümmertheit erklärt man genau, wo und welche Flugplätze man haben müsse, um die Rückendeckung im Falle eines Konflikte in Europa zu sichern. Auch von Marine-Stützpunkten und der Bewaffnung einiger Panzerdivisionen ist die Rede.

Was jedoch übersehen wird, sind die politischen Voraussetzungen einer tatsächlichen politisch-militärischen Zusammenarbeit zwischen den amerikanischen und spanischen Behörden. Der bekannte amerikanische Journalist Sulzberger, Mitbesitzer des großen New Yorker Blattes "The New York Times" hat kürzlich versucht, in einem, vorsichtshalber aus dem britischen Gibraltar gekabelten, Artikel darauf hinzuweisen, daß der spanische Wehrbeitrag nur realisierbar ist, wenn man in den Staaten bereit sei, auf gewisse, sonst stets geltend gemachte Grundsätze zu verzichten. Das Regime wird sich nicht ändern, betont Sulzberger; die Ständeorganisationen sind alles, nur keine "Gewerkschaften" im amerikanischen Sinne und Religions- und Meinungsfreiheit sind in Spanien ein Märchen aus fernen Zeiten. Um Spanien wehrfähig im modernen Sinne zu machen, müsse man außerdem die spanischen Soldaten ... verpflegen, bekleiden und bewaffnen.

Dieses Bild ist jedoch in mehr als einer Beziehung unvollständig. Sulzberger geht von der Voraussetzung aus, daß Spanien unter General Franco ein Diktaturstaat ist und bleiben wird. Das ist eine Binsenwahrheit, denn eine Lockerung des Regimes würde unweigerlich zum Sturz der herrschenden Militäroliquo führen. Eine andere und sehr wesentliche Frage ist jedoch - für die Vereinigten Staaten - welches die wahren Absichten der Franco-Regierung sind. Die Zusammenarbeit der spanischen Militärbehörden mit den verschiedenen amerikanischen Missionen, die das Land bereits haben, war nicht reibungslos. Es gab die landesüblichen unendlichen Verzögerungen, viele

und unausweichliche Einladungen und stets und ständig unklare Antworten auf präzise Fragen.

Diese Schwierigkeiten liegen im Wesen der heutigen spanischen Armee begründet, einer Armee, die bereits vor dem Bürgerkrieg 1936-1939 dafür berüchtigt war, mehr Generäle als Unteroffiziere zu besitzen. Die von Hitler nach Spanien entsandten deutschen Offiziere hatten während des Bürgerkrieges bereits ihre liebe Not mit den spanischen Kollegen, die davon überzeugt waren, alles zu wissen und alles zu kennen, aber nur mit großen Schwierigkeiten und Mithilfe deutscher sowie italienischer Offiziere einige Divisionen felddiensttüchtiger Truppen auf die Beine brachten. Auch heute sind Franco und alle spanischen Berufsoffiziere zutiefst davon überzeugt, daß sie von niemand etwas zu lernen haben.

Franco ist bereit, Dollarhilfen anzunehmen, sofern man ihm nicht allzu viele Bedingungen stellt. Er ist auch bereit, seine Panzerdivisionen - die bisher auf dem Papier stehen - mit amerikanischen Tanks auszurüsten. Dies hätte für ihn viele, vor allem innenpolitische Vorteile. Die spanischen Militärs sind aber in keiner Weise bereit, sich von amerikanischen Instrukteuren ihre Armee reorganisieren zu lassen, wie dies die Türken getan haben.

Außerdem, und hierüber hat General Franco keinen Zweifel gelassen, hält man in Madrid an der Forderung fest, daß ein wirklicher spanischer Wehrbeitrag ernsthaft erst diskutiert werden könne, wenn - - Großbritannien die Festung Gibraltar an Spanien "zurückgebe". In seinen letzten offiziellen Äußerungen über die Gibraltarfrage hat General Franco sich allerdings bereit erklärt, den Briten, nach erfolgter Rückgabe, freundlicherweise die - von der britischen Verwaltung geschaffenen - Festungsanlagen Gibraltors - - zu vermieten.

Die amerikanische Unbekümmertheit in europäischen Fragen wird hieran nichts ändern. Der spanische Wehrbeitrag ist eine überaus komplizierte Frage, selbst wenn man völlig von der Grundfrage absieht, daß man die sogenannte "freie Welt" schwerlich mit Erfolg im Verein mit der im ganzen Land verhaßten Diktatur des Generals Franco verteidigen können.

Leipzigs Frühjahrsmesse fällt aus !

-o- Nach dem Beschluß des Ministerrats der Sowjetzone wird die bisherige Leipziger Frühjahrsmesse 1952 erstmals ausfallen, die nächste Leipziger Messe soll in der Zeit vom 7.-17. September 1952 abgehalten werden. Damit hat eine langwierige Diskussion innerhalb der sowjetzonalen Wirtschaftsfunktionäre ihren vorläufigen Abschluß gefunden, wobei es im Prinzip um die Frage ging, welche Rolle die Leipziger Messe in Zukunft innerhalb der wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetzone und auch als "gesamtdeutsches" Propagandainstrument zu spielen hätte.

Jedem Beschauer der Leipziger Messen seit ihrer Wiedereinführung 1946 war klar, daß der eigentliche Messecharakter, der Leipzig einmal in den Mittelpunkt des europäischen Messewesens gestellt hatte, unter den neuen veränderten Bedingungen der Wirtschaftsstruktur der Sowjetzone nicht mehr wiederherzustellen war. Leipzig spielte nicht mehr die Rolle des großen Umschlagplatzes. Die Ansichten auch sowjetzonaler Wirtschaftsfunktionäre, daß Leipzig im Rahmen des interzonalen Güterausstausches und eines auch nach Westeuropa und Übersee ausgerichteten Außenhandels für die Planwirtschaft der Sowjetzone noch von Bedeutung wäre, drangen im Streit der Meinungen nicht durch.

Die andere Gruppe wollte in Leipzig nur noch das große Propagandainstrument der "sozialistischen" Wirtschaften sehen und scheint jetzt endgültig gesiegt zu haben. Dieser Sieg ist sicherlich nicht leicht errungen worden, denn noch am 26. Oktober vorigen Jahres setzte sich das wirtschaftspolitische Zentralorgan der SED "Die Wirtschaft" in einem Artikel sehr heftig für die Beibehaltung von zwei Messen in Leipzig ein.

Der Beschluß des Ministerrates der Sowjetzone wurde damit begründet, daß für die Produktionspläne die Frühjahrsmesse uninteressant sei, weil sie für das laufende Jahr zu spät und für das jeweils kommende Jahr zu früh liege, so daß die Vertreter der Sowjetunion und der übrigen Staaten des Ostblocks mit ihren Einkäufen nicht ordentlich disponieren könnten. Diese Erklärung könnte vom wirtschaftspolitischen Standpunkt der Sowjets aus annehmbar erscheinen. Ein weiterer wesentlicher Grund dürfte sein, daß der Versuch, Leipzig als Propagandainstrument für "gesamtdeutsche Gespräche" zu benutzen,

nicht den gewünschten Erfolg hatte. Auch den harmlosesten westdeutschen Besuchern fiel schließlich der ganze "Rummel" auf die Nerven. Zumal wesentliche wirtschaftliche Abschlüsse kaum noch getätigt werden konnten. Das lag nicht nur an dem schlechten Willen der sowjetzonalen Machthaber, sondern mehr noch an der Unmöglichkeit der Sowjetzonen-Industrie, ihre von Reparationen und Zwangsexporten voll ausgelastete Kapazität noch für andere Zwecke einzusetzen. So ist der Beschluß des Ministerrats auch ein Eingeständnis der schlechten wirtschaftlichen Lage der Sowjetzone. Die Leipziger Herbstmesse 1952 ist nun keine deutsche Messe mehr, sondern lediglich eine interne Veranstaltung der Sowjets, sie wird aus diesem Grunde nach außen hin noch prächtiger, nach innen aber noch höhler und tönernder sein.

+ + +

Forschungsgemeinschaft für Blinden-Lese-Maschine

(sp) In diesen Tagen hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft das vom Bundesinnenministerium von ihr erbetene Gutachten über die Verwendbarkeit eines Lese-Geräts für Blinde fertiggestellt und dem Ministerium zur weiteren Veranlassung überreicht. Es handelt sich dabei um ein Gerät, das der Diplomingenieur Dr. Blum aus Emmendingen in vierjähriger Arbeit entwickelt hat und das darauf beruht, auf elektro-akustischem Wege die gedruckten Buchstaben in elektrische Impulse und diese in hörbare Laute zu verwandeln, so daß also jeder Blinde mit diesem Gerät Zeitung und Bücher hören kann.

Da die Verwendbarkeit des Geräts begrenzt ist und daher ein großes Geschäft nicht zu erwarten war, fand sich keine Industrie, die bereit war, das Gerät zu fabrizieren und der Erfinder wandte sich in seiner Not an das Bundesinnenministerium, das die Erfindung der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Begutachtung vorlegte. Nach Auskunft der Deutschen Forschungsgemeinschaft in Bad Godesberg spricht sich das Gutachten, das jetzt dem Innenministerium zugegangen ist, sehr günstig über die Erfindung aus. Das Blinden-Lese-Gerät Dr. Blums wird in dem Gutachten als eine sehr ernsthafteste, gründlichst durchgearbeitete Erfindung bezeichnet, die es verdient, so schnell wie möglich hergestellt und allen Blinden zur Verfügung gestellt zu werden. Über die Fertigung sollen nunmehr so bald wie möglich mit den in Frage kommenden Stellen Verhandlungen beginnen.

+ + +

Wann werden Kinderbeihilfen gezahlt ?

A.M. Alle großen Parteien des Deutschen Bundestages haben sich seit Jahr und Tag mit Anträgen und Gesetzentwürfen für die Kinderbeihilfen eingesetzt. Kein Mensch wird leugnen, daß Kinderbeihilfen zur notwendigen Sozialgesetzgebung jedes Kulturstaaes gehören. Die Gesamtheit, der Staat hat ein Interesse an einem gesunden Nachwuchs, um überhaupt lebensfähig zu bleiben. Aus diesem Grunde haben die meisten Kulturstaaen Kinderbeihilfen eingeführt. In Westdeutschland scheiterte bisher die Zahlung von Kinderbeihilfen an der Finanzierung.

Die Vorschläge des Ministeriums gingen von dem Gedanken aus, die Kinderbeihilfen so zu gestalten, daß sie nicht von gewissenlosen Eltern zum Schaden der Kinder als Einkommensquelle ausgenutzt werden können. Aus diesem Grunde wurde beantragt, Kinderbeihilfen nur in einer Höhe zu bezahlen, die nicht über einen bestimmten Prozentsatz des Lohnes hinausgeht. Die Mittel dazu sollten durch eine Junggesellensteuer und durch erhöhte Steuern kinderloser Ehepaare aufgebracht werden. Diese letzteren Steuerpläne aber hat man bereits wieder fallen lassen, da sie gegen das Grundgesetz verstoßen und auch niemals eine Mehrheit im Bundestag finden würden.

Mittlerweise liegen alle Gesetzentwürfe dem Sozial-Ausschuß des Bundestages vor. In Ausschuß-Kreisen ist man sich klar darüber, daß Kinderbeihilfen nur in der Höhe gezahlt werden können, als Mittel vorhanden sind oder aufgebracht werden können. Der letzte Vorschlag sieht so aus, daß Kinderbeihilfen vom dritten Kind an in Höhe von 20,- M bezahlt werden. Das würde immerhin noch 600 Mio M ausmachen, doch hofft man diesen Betrag aufbringen zu können. Bei der Berechnung von Steuern und Sozialleistungen soll die Kinderzulage nicht berücksichtigt werden, damit sie also in vollem Umfange der kinderreichen Familie zugute kommt. Der Gedanke der Familienausgleichskassen hat eine sehr unterschiedliche Beurteilung gefunden. Man neigt dazu, keinen neuen bürokratischen Apparat zu schaffen, der nur zusätzliche Mittel kosten würde, sondern mit der vorhandenen Bürokratie auszukommen. Der Bundestags-Ausschuß wird in Kürze in die Beratung dieser letzten Probleme eintreten.

Verantwortlich: Peter Raunau